

## Nachgehende Ausstiegshilfen

Von 1986 [bis 2006] sind 467 Klientinnen mit Hilfe der Mitternachtsmission aus der Prostitution ausgestiegen [ca. 23/a].

Es ist [wäre ideal], daß mit dem neuen Lebensabschnitt „Ausstieg“ für die Klientin auch der schrittweise, behutsame Übergang in einen anderen stark zukunftsorientierten Arbeitsbereich verbunden ist. Die [beratende] Mitarbeiterin in diesem Arbeitsbereich muß mit der Prostitutionsproblematik soweit vertraut sein, daß sie Blockierungen und Hinderungsgründe bei der Anwendung des Ausstiegsprogramms erkennen und die Klientin individuell unterstützen kann. Sie soll aber nicht zusätzlich vor Ort im Milieu tätig sein.

**Für Frauen, die vom Prostitutionslohn jahrelang sich und ihre Familien selbständig ernährt haben, ist ein Leben im Sozialhilfebezug keine erstrebenswerte Perspektive.**

**Die Dortmunder Mitternachtsmission hält es für sinnvoll, ausstiegswilligen, [meist selbstständigen] Prostituierten Mut zu machen, sich beruflich zu qualifizieren oder sich in [abhängige] Arbeitsverhältnisse vermitteln zu lassen.**

**Die Erarbeitung von Zukunftsperspektiven und die Begleitung der Klientinnen bei der Durchsetzung der diesbezüglichen Ziele ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Dortmunder Mitternachtsmission.**

## Gründe für den Ausstieg

Der Wunsch, aus der Prostitution auszusteigen, entsteht bei vielen Frauen, wenn die Tätigkeit als Prostituierte die Grenzen ihrer psychischen und physischen Belastbarkeit überschreitet [schleichendes Burn-out Syndrom aufgrund der anspruchsvollen und herausfordernden Sexarbeit in einer informellen nur teilweise legalisierten Branche, die keine gesellschaftliche Anerkennung erfährt, weil eine professionelle nachhaltige Berufsausübung nicht erwünscht ist]. Die Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission beobachteten zunehmende Gewalterfahrungen ihrer Klientinnen. Männer, die vom Prostitutionslohn profitieren, üben massiven psychischen und physischen Druck (bis zu schweren körperlichen Verletzungen) aus, um die Frauen am Ausstieg zu hindern.

Die Furcht vor einer Infizierung durch das HIV-Virus, konjunkturbedingte Veränderungen (Globalisierung, Neoliberalismus, Rezession etc.), dadurch sinkendes Einkommen bei weiten Teilen der Bevölkerung und die zunehmende Konkurrenz von Frauen aus dem osteuropäischen Raum bewirken, daß die Probleme der Klientinnen sich vergrößern, weil sie durch die weniger zahlungskräftigen Kunden gezwungen sind, untereinander in härteren Konkurrenzkampf zu treten und immer umfangreichere Dienstleistungen für geringeres Entgelt auszuführen; durch den psychischen Druck und die physische Anstrengung (hinzu kommt der immer geringer werdende Verdienst) sich eine steigende Anzahl von Prostituierten zum Ausstieg und zu dem Versuch, eine bürgerliche Existenz aufzubauen, entschließt. Die ausstiegswilligen Klientinnen stehen vor folgenden Problemen:

## Materielle Probleme

### Wohnraumbeschaffung und -sicherung

Wohnungsbeschaffung wird notwendig für Klientinnen, die z.Zt. noch mit einem Partner aus dem Milieu zusammenleben, eine überhöhte Miete [z.B. Terminwohnung] zahlen oder am Arbeitsplatz wohnen. Da eine starke Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum besteht, ist dies immer noch eine schwierige Aufgabe. Vorhandene günstige Wohnungen befinden sich häufig in direkter Nähe zum Milieu, was ungünstig für den Ausstieg sein kann. Weiter konnte beobachtet werden, daß viele preisgünstige Wohnungen in einem sehr schlechten Zustand sind.

## Verschuldung/Überschuldung

z.B. bei Banken, Versandhäusern, Vermietern, Ärzten, DEW, Telekom, Versicherungen, Inkasso- Diensten, öffentlichen Gläubigern, (z.B. Finanzamt, Gerichtskasse) [d.h. beim Staat aufgrund prostitutionsbehindernder Rahmenbedingungen], Rechtsanwälten. Hinzu kommen Schulden im Milieu, z.B. für Einrichtungsgegenstände, Kleidung, Schmuck, Unterhaltungselektronik, Handys, die von Kolleginnen, Freunden und Bekannten (z.T. Zuhältern) aus zweiter Hand auf Ratenbasis gekauft wurden.

Es ist grundsätzlich möglich, mit Banken, Versandhäusern und Dienstleistungsbetrieben Verhandlungen zu führen, Stundungen und Ratenzahlungen abzusprechen und somit Zahlungsaufschübe für einen längeren Zeitraum zu erwirken. Absprachen mit einigen Gläubigern gestalten sich allerdings, bei vorübergehender Zahlungsunfähigkeit der Klientinnen, schwierig, z.B. nutzen die Inkasso-Dienste auch bei offensichtlicher Zahlungsunfähigkeit sämtliche Druckmittel, die sich

ihnen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bieten, d.h. sie fordern die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung (Offenbarungseid). Aufgrund des neuen Insolvenzgesetzes, das zum 01.01.1999 in Kraft trat, verschärft sich die Vorgehensweise der Gläubiger insgesamt. Unseriöse Inkassodienste bedienen sich sogar massiver Druckmittel. Häufig eingesetzte Praktiken sind bedrängende [stalkingähnliche] Telefonanrufe und Anschreiben, mittels derer zur Zahlung aufgefordert wird, oder Hausbesuche, bei denen die „Schuldeneintreiber“ auch vor [erpresserischer] Rufschädigungen nicht zurückschrecken, indem sie zum Beispiel die finanziellen Verhältnisse der Klientinnen lautstark im Treppenhaus kundtun.

Mit der Einführung des Insolvenzgesetzes zum 01.01.1999 fand eine Umorientierung in der gesamten Schuldnerberatung statt. Überschuldeten ohne Einkommen bietet sich die Perspektive einer Entschuldung, sofern die Kosten für das Verfahren gedeckt sind. Überschuldete haben nun die Möglichkeit, nach 5-7 Jahren schuldenfrei zu sein. Dieser Weg ist allerdings lang und schwierig. Auch die Verhandlungen mit Gläubigern haben sich aufgrund des Insolvenzgesetzes verändert, z.B. verlangen einerseits immer mehr Gläubiger Abtretungserklärungen um sich einen Vorteil im gerichtlichen Insolvenzverfahren zu verschaffen, andererseits sind außergerichtliche Einigungen auch mit minimalen Raten möglich. Hierdurch kann das Verfahren vermieden werden, was beiden Parteien Vorteile bringt.

Abspraken mit Gläubigern aus dem Milieu sind meistens nicht möglich. Sie werden im Gegenteil darauf drängen (auch unter Gewaltanwendung), daß ihre Forderungen beglichen werden.

## Sicherung der Lebensgrundlage

Da in den uns bekannten Fällen Aussteigerinnen keine Aussicht auf rasche Vermittlung in eine Arbeitsstelle haben, bleibt ihnen zunächst nur der Antrag auf Sozialhilfe. Sozialhilfeleistungen sind subsidiär (nachrangig) und werden nur gewährt, nachdem das Einkommen von unterhaltspflichtigen Verwandten (z.B. Eltern und Kindern) daraufhin geprüft wurde, ob diese nicht vorrangig Hilfe leisten können. Diese **Einkommensüberprüfungen bei Verwandten führen zum Aufdecken der bisherigen Tätigkeit unserer Klientinnen als Prostituierte und setzen sie der Verachtung ihrer Angehörigen aus, was meist zu völliger Zerrüttung der familiären Beziehungen führt.** Aufgrund dieser Problematik wurde 1988 in der Zusammenarbeit mit Dortmunder Ämtern und Behörden ein Ausstiegsprogramm (u.a. Ausnahmeregelungen bei der Sozialhilfebeantragung) entwickelt.

Sinnvoll wäre es u.E., das Ausstiegsprogramm von 1988 auf den neuesten Stand der gesetzlichen Bestimmungen (BSHG, AFG) zu bringen, um Frauen die Chance zu geben, mit gesicherter Existenzgrundlage psychosoziale Probleme aufzuarbeiten und in einem kürzestmöglichen Zeitraum die angestrebte (Wieder-) Eingliederung in bürgerliche Erwerbstätigkeiten zu erreichen.

Besonderer Schwerpunkt soll hier auf Zukunftsperspektiven gelegt werden: nachträgliche Schulabschlüsse, Abschluß von unterbrochenen Ausbildungen, berufliche Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Unterstützung bei dem Erwerb von Ansprüchen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, Hilfen bei der Vermittlung in gewünschte Berufe oder Erwerbstätigkeiten.

Auch Aushilfstätigkeiten können die Frauen darin bestärken, sich aus ihrer Isolation zu lösen. Mit Hilfe solcher Tätigkeiten kann schweren psychischen und physischen Beeinträchtigungen vorgebeugt werden.

**Prostituierte sind beim Einstieg in andere Erwerbstätigkeiten nicht durch geistige oder manuelle Defekte behindert, sondern durch die gesellschaftliche Diskriminierung der Prostitutionstätigkeit.**

Eine durch moralische und ethische Wertvorstellungen subjektive Sicht hindert die Wahrnehmung von objektiv positiven Fähigkeiten (und Sexarbeiter-Kompetenzen), z.B. gute Einschätzungsfähigkeit von menschlichen Reaktionen, Selbstverständlichkeit im Umgang mit fremden Körpern (wie z.B. im Pflegebereich gut einsetzbar), flexible Anpassung an Menschen und Situationen (wie z.B. im Publikumsverkehr oder Gastronomie nötig ist).

Um hier erfolgreich tätig zu werden, ist die Dortmunder Mitternachtsmission auf die Fortführung der guten Zusammenarbeit und die Unterstützung unterschiedlicher Institutionen (z.B. Sozialamt, Arbeitsamt, Freie Wohlfahrtsverbände, Wirtschafts-förderungsamts u.a.) angewiesen.

[Gute Beziehungen einer Beratungsstelle zu Ämtern sind Voraussetzung, um überhaupt pragmatische Problemlösungen anbieten zu können.] Die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission und den Ansprechpartnerinnen des Sozialamtes und des Arbeitsamtes ist sehr gut. Die Ausnahmeregelungen für Aussteigerinnen bezüglich der Beantragung von Sozialhilfe werden in dem jeweils angemessenen Umfang gewährt. Die Beratungen der Klientinnen durch die Ansprechpartnerinnen des Arbeitsamtes, die MitarbeiterInnen des Diakonischen Werkes und der Stadt Dortmund (Abt. Hilfe zur Arbeit) sind ein sehr wichtiger Bestandteil im Rahmen der Entwicklung von beruflichen Perspektiven (z.B. welche Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme gefördert oder welche Arbeit-statt-Sozialhilfe-Stelle angeboten werden kann).

## Seelische Stabilisierung

Psychische Gesundheit und Vergangenheitsbewältigung sind oft von entscheidender Wichtigkeit vor einer Neuorientierung. Sie sind wesentlich durch die Kriminalisierung, Diskriminierung und Stigmatisierung der Sexdienstleistungsbranche mitverschuldet.] Viele Prostituierte leiden nach dem Ausstieg unter psychischen Problemen wie Unfähigkeit, die Erinnerung an die ausgeführten Tätigkeiten (z.T. als pervers empfundene Sexualpraktiken, extreme Entwürdigungen, Schuldgefühle etc.) zu verarbeiten; Todesängste aufgrund von Bedrohung durch Kriminelle aus dem Bereich des organisierten Verbrechens oder durch Lebenspartner und Zuhälter; die durch die Isolation im Milieu fehlenden Kontakte zu Personen außerhalb des Milieus und die Furcht, diese nicht (wieder) aufbauen zu können; Immer häufiger nehmen Klientinnen therapeutische Hilfe in Anspruch.

## Fehlende Zukunftsperspektiven

Nach dem Ausstieg und den wesentlichen Schritten der Existenzsicherung überfällt viele Frauen eine starke Zukunftsangst. [Sie verzögert oft auch eine rechtzeitige Umstiegsvorbereitung und verschärft die Notsituation.] In Zusammenarbeit mit der Klientin muß eine realistische Zukunftsperspektive -insbesondere in beruflicher Hinsicht- erarbeitet werden. **Da die Prostitutionstätigkeit nicht den Bedingungen eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses entspricht, ist die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt äußerst schwierig.**

Nur wenige Aussteigerinnen bringen aus früheren Beschäftigungsverhältnissen Voraussetzungen mit, die als Grundlage für z.B. Umschulungen und Fortbildungen ausreichend sind und eine Förderung durch das Arbeitsamt ermöglichen. [Diese Voraussetzungen sind: ... wichtige Liste ergänzen ... ]

Diese Benachteiligung trifft besonders Frauen, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und somit innerhalb des Arbeitsmarktes schwer vermittelbar sind. Sie müssen sich in der Regel zunächst über ASS-Stellen ([Arbeit-Statt-Sozialhilfe] Landesprogramm für befristete Stellen) qualifizieren, um Anspruch auf Förderungen des Arbeitsamtes zu erhalten. Diese lange „Vorarbeitszeit“ bedeutet für Klientinnen, die noch in einer labilen psychischen Verfassung sind, eine zusätzliche Belastung, denn nicht immer kann das Aufgabenfeld der ASS-Stelle mit dem der gewünschten zukünftigen Berufstätigkeit übereinstimmen [Wichtig wäre es hier über die Erfahrungen von typischen Kosten- und Zeitverläufe zu erfahren, damit andere Frauen oder Sexworker-Generationen vorgewarnt werden können].

Auch innerhalb der ASS-Stellen werden Bewerberinnen mit entsprechenden beruflichen Erfahrungen gewünscht und bevorzugt. Hinzu kommt, daß Stellen zahlenmäßig begrenzt sind. Der Einstieg in eine qualifizierte Berufstätigkeit ist daher auch auf diesem Wege mit längeren Zeiten der Arbeitslosigkeit verbunden. Um Aussteigerinnen bei der Entwicklung von beruflichen Perspektiven die beste Hilfe gewähren zu können, ist die Beratung durch die Ansprechpartnerin des Arbeitsamtes, zuständige MitarbeiterInnen der Stadt Dortmund und des Diakonischen Werkes ein unverzichtbarer Bestandteil in diesem Prozeß geworden. Um eine Voraussetzung für den Umgang mit psychischen Problemen zu schaffen, müssen die materiellen Verhältnisse vorab geklärt werden. **Wenn die finanzielle Absicherung nicht gegeben ist, zögern viele Prostituierte den Zeitpunkt des Ausstiegs so lange hinaus, bis sie physisch und psychisch so zerstört sind, dass keine Hoffnung mehr auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft und den Aufbau einer bürgerlichen Existenz besteht.**

Es gehört zu den Aufgaben der Dortmunder Mitternachtsmission, diese Klientinnen zu beraten und zu begleiten, bis sie in der Lage sind, ohne emotionale und finanzielle Abhängigkeiten ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben zu führen [wichtig ist es diese Hilfen und vorhandene Beratungskompetenzen und -chancen im Detail mehr bekannt zu machen und niederstschwellig sogar anonym abrufbar anzubieten].

## Ehemaligenarbeit

Ehemaligenarbeit ist beratende und begleitende Sozialarbeit für „Frauen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten“ (§72 BSHG), die überwiegend ehemalige Bewohnerinnen des Bodelschwingh-Heims sind, das bis 1985 ein Arbeitsbereich der Mitternachtsmission war. Die stationäre Arbeit befindet sich nun im Zuständigkeitsbereich des Diakonischen Werkes. Bei den Frauen in diesem Arbeitsbereich handelt es sich um Frauen mit Alkoholproblemen, psychisch kranke Frauen, ehemalige Prostituierte und Frauen, die lange Zeit wohnungslos waren.

Diese Frauen haben sich in ihrer Lebensführung soweit stabilisiert, daß es für sie ausreichend war, für ihre persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Belange eine feste Ansprechpartnerin zu haben.

**Alters- und krankheitsabhängige Ursachen führen seit einigen Jahren dazu, daß die vorhandene Selbständigkeit bei einigen Frauen nicht mehr umgesetzt werden kann.**

Diese Frauen benötigen kontinuierliche beratende und begleitende Hilfen, die ihr alltägliches Leben betreffen, z.B.:

- Gespräche überwiegend bei Hausbesuchen und in Krankenhäusern,
- intensive Beratung zum Abbau von Ängsten vor Krankheitsverlauf und Tod,
- Beratung von Angehörigen

Die Frauen haben Gelegenheit, vierzehntägig an einer Gruppe teilzunehmen, in der sie sich austauschen, Beratungen hinsichtlich der Vorgehensweise bei Ämtern und Behörden bekommen und gemeinsame Unternehmungen durchführen können (z.B. Ausflug). Außerdem finden zu Ostern und zu Weihnachten gemeinsame Feiern statt.

Durch einen vierteljährlich ausgehändigten Rundbrief werden die Frauen über stattfindende Gruppennachmittage informiert.

**Das Verhalten im Alter wird durch Persönlichkeitsstruktur, intellektuelle Lebensfähigkeit, sozialen Status, Schulbildung, Berufserfahrung und Gesundheitszustand bestimmt.**

Neben gravierenden gesundheitlichen Problemen zeigen sich Persönlichkeits- und Verhaltensänderungen, die durch emotionale, geistige und soziale Einschränkungen gekennzeichnet sind.

Konflikte mit der Familie, Freunden oder in alltäglichen Lebenssituationen sind allein nicht zu lösen, da die Klientinnen sich oftmals zurückziehen und so u.a. eine fortschreitende soziale Isolierung in Kauf nehmen [Isolation ist die Resignation vor der ubiquitären Wirkung des Stigmas vom sozialen Unwert der Prostitution. Deshalb ist Stigmamanagement und Stigmadekonstruktion eine wesentliche Kompetenz die vermittelt werden muß um Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen]. Psychische Erkrankungen, wie Depressionen, können sich dadurch sonst verstärken. Belastungs- und Konfliktsituationen fordern generell die Intensivierung der Beratungsarbeit.

Die Unfähigkeit, sich auf Veränderungen (z.B. wechselnde Bezugspersonen) in ihrem Leben einzustellen, wächst bei vielen Frauen. Unterstützung und Hilfe können nur von kontinuierlichen AnsprechpartnerInnen angenommen werden. Darüber hinaus ist es schwierig, sich aus jahrzehntelangen Handlungs- und Denkwegen zu lösen. Lebenspraktische Veränderungen, wie die Umgestaltung der Zahlungsweise von Sozialhilfe oder die Berechnung eines Eigenanteils zu den Kosten einer Haushaltshilfe, können nicht nachvollzogen werden. Subjektiv fühlen sich die Frauen von Behörden betrogen, da sie diese eingeleiteten Maßnahmen als Kürzung der Sozialhilfe erleben. Auch ähnliche Zusammenhänge in anderen wirtschaftlichen Bereichen müssen ihnen in realistischer Weise verständlich gemacht werden.

Die allgemeine Angst im Umgang mit Ämtern und anderen Institutionen nimmt zu. Eine Begleitung bei Behördengängen zu Vorsprachen bei Ämtern oder die Unterstützung bei Schriftwechseln mit Institutionen ist erforderlich.

Der wichtige emotionale Rückhalt durch Beziehungen zu nahen Angehörigen und Freunden ist aufgrund drohenden oder tatsächlichen Verlustes, z.B. Tod oder Verhärtung von Beziehungen, gefährdet oder nicht mehr vorhanden. Hier gilt es, die Frauen in dieser Krise zu begleiten.

## Veränderungen aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigung:

Der gesamte wirtschaftliche Bereich wird unübersichtlich oder ist allein nicht mehr zu bewältigen (z.B. drohende Sperrung der Gas- oder Stromzufuhr oder des, aus ärztlicher Sicht, notwendigen Telefonanschlusses). Wichtige schriftliche Benachrichtigungen werden ungeöffnet weggeworfen (z.B. Termine zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung oder zu ambulanten bzw. stationären Kontrolluntersuchungen).

Aufgrund der körperlichen Beeinträchtigung können soziale Kontakte nicht mehr gepflegt werden und eine Vereinsamung der Klientinnen tritt ein. Der Haushalt kann nicht mehr (oder kaum noch) selbständig geführt werden. Hierbei kann in einigen

Fällen Unterstützung durch eine Haushaltshilfe erreicht werden, die Tätigkeiten wie Reinigung der Wohnung oder Einkäufe übernimmt. Diese Betreuung allein wird den Bedürfnissen der Klientin in schwierigen Situationen nicht gerecht. Bei Krebserkrankungen im fortgeschrittenen Stadium sind oftmals nur die Speisen -ohne späteres Erbrechen- verträglich, die sich die Klientin zu diesem Zeitpunkt wünscht. Diese Essenswünsche sind nicht vorhersehbar und können daher bei Vorratskäufen nicht berücksichtigt werden.

Besondere Hilfen werden auch bei längeren Krankenhausaufenthalten notwendig, wie z.B. die Regelung der wirtschaftlichen Belange oder die Reinigung der Bekleidung. Eine kontinuierliche Beratung und Betreuung der Frauen ist dringend erforderlich, um ihnen zu ermöglichen, ihre Ängste vor dem Krankheitsverlauf oder Tod auszusprechen und sich ihrer Situation anzupassen.

In letzter Konsequenz bedeutet dies auch Sterbebegleitung, die zeitintensiv, aufwendig und mit großem persönlichen Einsatz der zuständigen Mitarbeiterin verbunden ist.

Die Unterstützung durch Angehörige ist häufig nicht gegeben, sei es, weil die betroffenen Frauen völlig alleinstehend sind oder selbst nahe Angehörige in dieser Situation keine Verantwortung übernehmen (können). In anderen Fällen müssen Angehörige oder enge Bekannte in die Beratungsarbeit einbezogen werden, damit deren eigene Betroffenheit nicht zur Distanzierung von der erkrankten Klientin führt.

Die Veränderung von Lebensbedingungen und die Verschlechterung des gesamten Gesundheitszustandes der oftmals älteren Klientinnen haben negative Konsequenzen, die die Lebensqualität dieser Frauen in vielerlei Hinsicht beeinträchtigen.

[Ergänzungen von M.O.F – Stand 10.12.2007]

Mehr über Umstieg  
und berufliche  
Neuorientierung  
für Sexworker:

[www.sexworker.at](http://www.sexworker.at)

An genau dieser Stelle: <http://sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=1667>